

**Die Nazis und Prinz Harry**

Die Auflösung der rechtsextremen Partei Front National (FN) im Elsass hat der sozialistische Abgeordnete Armand Jung in Straßburg gefordert. Die Partei sei in der Grenzregion das "Rückgrat, um das neonazistische Gruppierungen herumschwirren" sagte Jung bereits vor einer Woche. Ein FN-Mitglied bei Colmar war kürzlich festgenommen worden, weil es einen jüdischen Friedhof geschändet haben soll. Unterdessen hat die französische Regierung angekündigt, die militante Neonazi-Szene im Land aufzulösen - ein Vorhaben, das Jung aber als "wenig realistisch" bezeichnete. Im Elsass existierten keine "organisierten Neonazi-Gruppen mit Namen und Adressen".

Frankreich ist nicht das einzige Land, das derzeit ein stärkeres Vorgehen gegen Rechtsextreme diskutiert. Nachdem sich die sächsische NPD demonstrativ weigerte, an einer Gedenkminute für die NS-Opfer zu denken, und somit für einen Eklat sorgte, ist in Deutschland wieder ein Verbot der Partei im Gespräch. Selbst auf EU-Ebene tut sich was: Die Luxemburger Ratspräsidentschaft hat schon im Januar einen neuen Anlauf für den seit zwei Jahren blockierten Rahmenbeschluss gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit angekündigt. Dank Prinz Harrys Partyauftritt im Nazi-Outfit vor einigen Wochen soll auch ein EU-weites Verbot von Nazi-Symbolen geprüft werden.

**Kyoto nur eine Zwischenetappe**

Die Folgen der Klimaveränderung bis 2200 würden 74.000 Milliarden Euro kosten, wenn keine Maßnahmen ergriffen werden, schätzt die EU-Kommission in einem am Mittwoch veröffentlichten Strategiepapier. Der Text konzentriert sich auf die Zeit nach 2012, wenn das am 16. Februar in Kraft tretende Kyoto-Abkommen ausläuft. Die EU-Kommission hält es für wahrscheinlich, dass die Kosten infolge des Klimawandels jene von CO<sub>2</sub>-Sparmaßnahmen überschreiten. Entgegen den Warnungen von Arbeitgebervertretern sieht die Kommission im Klimaschutz weniger wirtschaftliche Gefahren als Chancen, vor allem durch die Entwicklung neuer Technologien.

In der Zeit nach 2012 müssten alle Staaten ihren Beitrag zum Klimaschutz leisten, sowohl aufstrebende Entwicklungsländer wie China und Indien als auch die USA, heißt es in dem Papier weiter. Noch nicht geregelte CO<sub>2</sub>-Quellen wie der Flugverkehr sollen ebenfalls einbezogen werden. Für Diskussionen sorgen dürfte die Behandlung der Nord-Süd-Problematik. Die Kommission bricht eine Lanze für den Handel mit CO<sub>2</sub>-Zertifikaten und die Anrechnung von Klimaschutzmaßnahmen in Drittländern, weil das kostengünstiger sei. Entwicklungshilfe und Technologietransfer dagegen werden nur am Rande erwähnt.

**Alle zahlen für Solarstrom**

Die überarbeiteten Règlements grand-ducaux zur Förderung erneuerbarer Energien wurden am Freitag vor einer Woche vom Regierungsrat gutgeheißen. Seit Jahresanfang gab es für diese Förderung keine gesetzliche Grundlage mehr (woxx Nr. 781). Die jetzt vorliegende Regelung wird rückwirkend auf den 1. Januar gelten, sieht allerdings eine Senkung der Invest-Beihilfen für Fotovoltaikanlagen vor. Außerdem soll die Unterstützung pro erzeugte Kilowattstunde Solarstrom künftig nicht mehr aus dem Staatsbudget finanziert, sondern auf den Strompreis umgelegt werden. Das bedeutet zwar eine Strompreiserhöhung, sichert die Förderpolitik aber vor Sparmaßnahmen des Finanzministers.

**Zuwanderung und Bevölkerung**

Die Bevölkerungsentwicklung in Luxemburg vorherzusagen ist besonders schwierig, weil sie mehr von der Zu- und Abwanderung als von Sterblichkeits- und Fruchtbarkeitsraten abhängt. In einer jetzt veröffentlichten Stateg-Studie wird untersucht, welche Faktoren die Zuwanderung nach Luxemburg beeinflussen. Zum Teil erkläre sich die Nachfrage nach ausländischen ArbeitnehmerInnen durch die niedrige Erwerbssquote der Frauen sowie der 55- bis 64-Jährigen. Der Bulletin du STATEG 7-2004 ist auf [www.stateg.lu](http://www.stateg.lu) verfügbar.

*Das UN-Kinderrechtskomitee hat seine "Concluding Observations" zum Luxemburger Länderbericht 2004 abgegeben. Der Psychologe Gilbert Pregno über die Gründe, weshalb Reformen hier zu Lande so schwer durchsetzbar sind.*

(Foto: Renée Wagener)

**KINDER**

# "Wir brauchen eine Lobby für Kinderrechte"

**woxx:** *Wie ist Ihr Eindruck zu den Abschließenden Beobachtungen des UNO-Kinderrechts-Komitees?*

**Gilbert Pregno:** Es formuliert eine ganze Reihe von Punkten, die schon in der Stellungnahme zum ersten Länderbericht enthalten waren, jetzt noch klarer und strukturierter. So wird z.B. festgehalten, dass lern- und verhaltensgestörte Kinder nicht in Schulen für geistig behinderte Kindern gehören. Solche klaren Aussagen bieten eine Orientierung, um den Geist und die Philosophie der Kinderrechtskonvention besser zu verstehen. Sie helfen allen, sich in Frage zu stellen.

**Ist das UNO-Kinderrechts-Komitee denn wirklich im Bild über die Situation in den jeweiligen Ländern?**

Das UNO-Komitee in Genf erhält von jeder Regierung einen Länderbericht. Hierzu kann jede NGO entweder schriftlich oder an Ort und Stelle in einem Hearing Position beziehen. Daraufhin bereitet das Komitee die Fragen vor, die es an die Regierung stellt. Ein Teil der Probleme in einem Land ist dem internationalen Komitee also bekannt, aber sicherlich nicht alle. In der Hinsicht ist es also wichtig, auch in Luxemburg, dass die Organisationen Stellung beziehen. Ein Beispiel: Die Thematik der tot geborenen Kinder, die in Luxemburg immer noch keine Rechtspersönlichkeit haben, wurde nicht aufgegriffen, weil eben niemand darauf hingewiesen hat.

**Steht Luxemburg im Vergleich zu anderen Ländern besonders schlecht da?**

Es gibt eine Reihe von Sachverhalten, die einzigartig sind. Beispiel Heimeinweisungen: In Luxemburg macht das Gesetz

möglich, dass ein Kind vom Richter bis zum Alter von achtzehn Jahren "platziert" wird. Und es sieht auch den Transfer der Elternrechte auf die Einrichtungen vor. Das gibt es sonst in Europa nicht, und es ist extrem problematisch. Wenn eine betroffene Luxemburger Familie vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg ziehen würde, wäre die Wahrscheinlichkeit hoch, dass dieses Urteil aufgehoben würde, weil es nicht den Menschenrechten entspricht.

**Stichwort Erziehungsheime: Warum wird das Luxemburger System der psychosozialen Versorgung nicht fundamentaler in Frage gestellt?**

Die Heime sind zum Teil ein Symptom dieser Versorgung, zum anderen sind sie ein sehr nützliches und angemessenes Instrument. Im Bericht wird allgemein darauf hingewiesen, dass die Vernetzung der Hilfen für Kinder und Familien für Luxemburg nicht gut ist und dass viele der Angebote nicht greifen. Öfters ist das Heim dann für die Kinder die Lösung, weil im Vorfeld manche Maßnahme verpasst wurde.

**In den Abschließenden Beobachtungen gibt es eine Reihe von Empfehlungen, die auf Gesetzesebene keinen Niederschlag finden. Ist die Politik**

**nicht bereit, in eine fortschrittlichere Richtung zu gehen?**

Ein Schock war für mich zum Beispiel der Bericht der Kommission Weyler zur Jugend in Not. Ich hatte viele Hoffnungen in diesen Bericht gesetzt, und fand das Resultat sehr entmutigend. Wie ist es möglich dass ein Parlament Dutzende von Professionellen und Richtern anhört und danach Schlussfolgerungen zieht, die unhaltbar oder gar falsch sind?

Eigentlich müsste es ja um Innovation gehen. In Luxemburg geht es aber nur darum, sich an eine Ausrichtung anzupassen, die in anderen Ländern schon erprobt wurde. Zum Beispiel dass die Richter nur für ein Jahr ein Kind ins Heim einweisen können um dann zu überprüfen ob die Maßnahme verlängert werden muss, so wie es in den Abschließenden Bemerkungen übrigens auch vorgeschlagen wird. Wenn ich dann im Bericht der parlamentarischen Kommission lese, dass daran nichts geändert werden soll, kann ich nur den Kopf schütteln.

**Das internationale Komitee stellt fest, dass Luxemburg immer noch keinen nationalen Aktionsplan für Kinderrechte hat. Kann ein solches Instrument konkret weiterhelfen?**

Normalerweise muss die Wissenschaft die Politik mit guten, umsetzbaren Ideen beeinflussen, und die Politik hört zu. Doch das ist hier nicht der Fall. Wenn dann ein nationaler Plan oder sonstige große Orientierungen getroffen werden, ist der Niederschlag sehr begrenzt. Es gibt keine wirkliche Verbindung zwischen der politischen Entscheidung, die getroffen wird, und der Arbeit, die vor Ort geschieht. Das liegt zum Teil daran, dass der Sektor nicht koordiniert ist und Verwaltungen denken sie hätten genügend Wissen, alles alleine zu bewerkstelligen. In diesem riesigen Sektor, in dem so viele Sozialarbeiter, Psychologen und Erzieher arbeiten, gibt es keinen Ort, an dem Ideen produziert werden und wo eine Dynamik entsteht. Ein Gremium, das dann auch Forderungen aufstellen würde.

**Es gibt doch aber ein Ombudskomitee für Kinderrechte oder eine nationale Koalition für Kinderrechte.**

Unser Sektor ist wie ein Tausendfüßler, aber einer, wo jeder Fuß von seinem eigenen Gehirn gesteuert wird. Und diese Gehirne sind nicht miteinander vernetzt, es fehlt eine Steuerung. Die Politik versucht darauf einen Zugriff zu bekommen, aber es gelingt ihr nicht angesichts der Komplexität. Was eigentlich gebraucht wird, sind Top-Professionelle, die ein starkes ethisches Rückgrat haben und dann eine wissenschaftlich elaborierte Diskussion führen können, bei der es auch verschiedene Positionen geben könnte, und an der sich die Politik orientieren kann.

**Müsste das Ombudskomitee sich in solchen Fragen nicht stärker zu Wort melden? Es soll doch auch Gutachten zu Gesetzesprojekten ausarbeiten.**

Das Gesetz zum Ombudskomitee ist ein großer Fortschritt, weil es eine Bewegung in die Diskussion bringt, und das Interesse der verschiedenen Dienststellen an diesen Themen fördert. Es ist aber wichtig, dass die Mittel vorhanden sind, fundierte Stellungnahmen auszuarbeiten. Zum Beispiel müssten der Ombudsfrau Juristen zuarbeiten.

**Hat die Existenz des Ombudskomitees etwas verändert hat an der Luxemburger Situation?**

Ja, auf Ebene der Sichtbarkeit der Kinderrechte ganz sicher. Das Kind ist nicht mehr ein Objekt, sondern eine rechtlich anerkannte Persönlichkeit, die ernst genommen wird, und auch eine Meinung zu vielen verschiedenen Dingen haben darf. Dem veränderten Bild des Kindes in unserer Gesellschaft wird damit Rechnung getragen. Und die Art und Weise, wie wir als Professionelle mit einer Familie arbeiten, geschieht nicht mehr im stillen Kämmerlein, sondern kann zumindest bis zu einem bestimmten Punkt in der Öffentlichkeit diskutiert werden. Diese Öffnung nach außen finde ich sehr wichtig. So gesehen geht der Impact des Ombudskomitees weiter, als ich mir anfangs erwartet hatte.

Interview: Renée Wagener

**Zur Person**

Gilber Pregno, Psychologe und Familientherapeut, ist Direktor in der Stiftung "Kannerschlass" und Vize-Präsident von UNICEF-Luxemburg. Er lehrt daneben an der Universität de Luxembourg und am Essener Institut für Familientherapie systemische Supervision und Organisationsentwicklung. Pregno ist Mitglied der "Commission Consultative des Droits de l'Homme".